

**Kassenzahnärztliche Vereinigung
Baden-Württemberg KZV BW**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Albstadtweg 9
70567 Stuttgart

Kommunikation und Medien

Tel. 0711/7877-219
Fax 0711/7877-205

Mail: presse@kzvbw.de
Internet: www.zahn-forum.de

Presseinformation

v. 21.06.2011

„Nahles konsequent in der Vergangenheit verhaftet“

Stuttgart – Scharfe Kritik übt die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) an SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. „Nahles ist konsequent in der Vergangenheit verhaftet“, meint die KZV BW-Vorstandsvorsitzende Dr. Ute Maier.

Die SPD-Politikerin hatte die Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) als „Hotelsteuer für Zahnärzte“ und „blanken Lobbyismus“ bezeichnet.

„Die Gebührenordnung ist seit 1988 unverändert. Eine Anpassung an das Leistungsgeschehen und den zahnmedizinischen Fortschritt ist überfällig. Kein Berufsstand würde es hinnehmen, 23 Jahre auf jede Gehalts- oder Honorarerhöhung zu verzichten“, erklärte Dr. Ute Maier.

Sie verweist darauf, dass die Gebührenordnung veraltet ist: „Wenn die GOZ nicht novelliert wird, laufen wir Gefahr, dass Deutschland in der Zahnmedizin den Anschluss an die Weltspitze verliert“. Keineswegs werde im Übrigen der Punktwert nach dem Gießkannenprin-

zip erhöht. Vielmehr würden die Punktzahlen neu gewichtet. „Nach aktuellen Berechnungen entspricht das einer Erhöhung von sechs Prozent nach 23 Jahren. Das sind 0,26 Prozent pro Jahr. Bescheidener kann eine Honorarerhöhung nicht ausfallen. Allein im Jahr 2010 betragen die Kostensteigerungen in den Zahnarztpraxen ca. 9,5 Prozent.“

„Eine Neuregelung der GOZ versprach bereits Ulla Schmidt. Wenn die FDP das nun anpackt, ist das in der Tat Lobbyismus, aber nicht für die Zahnärzte, sondern für deren Patienten. Spitzenzahnmedizin lässt sich flächendeckend nur sicherstellen, wenn die Praxen wirtschaftlich arbeiten können“, so Maier weiter

Die Einführung der befundorientierten Festzuschüsse für Zahnersatz 2005 in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) habe dafür gesorgt, dass auch gesetzlich Versicherte nicht vom zahnmedizinischen Fortschritt abgekoppelt würden. Eine durchschnittliche Zahnarztpraxis erwirtschaftete heute rund 50 Prozent ihrer Einnahmen durch Privatleistungen. Dadurch werde die gesetzliche Krankenversicherung Jahr für Jahr um Milliardenbeträge entlastet. Der Anteil der Ausgaben für zahnärztliche Leistungen an den GKV-Gesamtausgaben sei von zwölf auf sieben Prozent zurückgegangen. Dieses System könne aber nur funktionieren, wenn die private Gebührenordnung die tatsächlichen Kosten widerspiegelt. Die Mehrbelastung durch die GOZ-Novelle betrage durchschnittlich nur knapp zwei Euro pro Jahr und Versicherten.

(Zeichen: 2.094)

Ihre Ansprechpartner:

■ **Guido Reiter**

Leiter Kommunikation und Medien der KZV BW

Tel. 0711/7877-220

Presseinformation im Internet:

■ www.zahn-forum.de (Bereich Presse)